

Mülheim oder: Das große Schweigen,

Auszüge aus einer zensierten Radiosendung



Am 5. und am 6. März 2006 sendete WDR 5 ein 55-minütiges Radio-Feature von W. Rügemer mit dem Titel: „Mülheim und das große Schweigen - Die Privatisierung in deutschen Städten“. Die Sendung stieß auf reges Interesse aus ganz Deutschland. Erst beschwerte sich Frau OB Mühlenfeld (SPD) beim WDR, dann der Mülheimer ex-OB Dr. Jens Baganz (CDU), der sich bekanntlich unter bisher nicht aufgeklärten Umständen Ende 2002 urplötzlich verabschiedet hatte und nach der Landtagswahl überraschend Staatssekretär im Düsseldorfer Wirtschaftsministerium wurde. Erst im Juni schrieb er einen Brief an WDR-Chef Pleitgen zu dem WDR-Bericht von Anfang März, der das von ihm und seiner SPD-Nachfolgerin angerichtete Chaos nicht mehr verschweigt. Daraufhin nahm der WDR im Juli das Manuskript aus dem Netz, obwohl Baganz nicht einmal mit Klage gedroht hatte. Frau Piel, Pleitgen-Nachfolgerin, entschuldigte sich sogar bei Baganz. Ob dieser Kotau ihr die Intendantenstelle einbrachte, ist unbekannt. Den MBI aber verbot der WDR, den Bericht im Internet zu veröffentlichen. Peinlich nur, dass das alles just dann passierte, als Pleitgens Wiederwahl bzw. Nachfolgerwahl anstand!

Der Titel „Mülheim oder das große Schweigen“ ist bezeichnend, wenn nun auch noch der WDR sich dem Schweigen anschließt, als sei er von dem in Mülheim grassierenden Vertuschungsvirus befallen!

Im folgenden Auszüge aus dem Manuskript mit einigen Veränderungen im Vergleich zur Radiosendung. Der Autor W. Rügemer hat seine Erlaubnis zur Veröffentlichung erteilt.

Mülheim an der Ruhr. Die Stadt in der Mitte des Ruhrgebiets. „Stadt am Fluss“ heißt sie in den offiziellen Selbstdarstellungen. Sie ist nicht geprägt von Schmutz und Arbeitslosigkeit, so scheint es. Hier herrschen Reichtum und Ruhe.

Mülheim oder: Das große Schweigen

Fallbeispiel für: Die Privatisierung der Städte

Hugo Stinnes, gründete hier die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, RWE. Sie haben nicht nur in Mülheim viel zu sagen, heute mehr denn je, wie wir sehen werden. Die RWE sind auch seit langem und immer noch der größte Konzern des Ruhrgebiets und ganz Nordrhein-Westfalens. Der Industrielle Fritz Thyssen gründete in Mülheim sein Stahlimperium. Die Inhaber der großen Supermarktketten Aldi und Tengelmann residieren hier, sehr zurückgezogen. Alles ging und geht sehr diskret vor sich. Ohne Aufregung. So scheint es.

Sprecherin:

So schien es bis vor kurzem. Die Politik in Mülheim hatte ihren routinemäßigen und ungestörten Gang genommen. Die großen Ruhrgebietsmedien hatten ebenso routinemäßig und ohne Aufregung berichtet, wie sie es seit Jahrzehnten tun. Genauso wie die Ruhr gemächlich durch die grünen Wiesen und geschützten Wassergewinnungszonen am südlichen Rand der Stadt geflossen war.

Sprecher:

Doch es hatte sich etwas zusammengebraut. Man hätte es, „bei näherem Betrachten“ feststellen können. Aber selbst aufmerksamen Bürgern fiel in ihrer Heimatstadt zunächst nichts auf.

Schweizerhof:

„Ich bin seit 86 hier in Mülheim und habe eine Arztpraxis im Mülheimer Norden, und sicher, ich bin allgemeinpolitisch interessiert, aber es ist auch so, dass es mir völlig entgangen ist, dass hier diese umfangreiche Privatisierung stattfindet. Obwohl ich eigentlich auch die Lokalpresse durchaus immer regelmäßig gelesen habe – es war kein großer Diskussionsgegenstand in der Presse!“

Sprecher:

Selbst politisch interessierte Bürger wie der Arzt Schweizerhof haben lange nicht bemerkt, dass die Stadt Mülheim, ihre Stadt in den letzten Jahren fast vollständig privatisiert hat. Die Wasserwerke, die Trinkwasserleitungen, die Müllentsorgung, die Abwasserentsorgung, die Versorgung mit Gas und Fernwärme, der städtische Nahverkehr – alles weg. Und keiner, fast keiner hat es bemerkt. Doch dann begann ein gewisses Nachdenken, auch angestoßen von außen. Die Frage: Was passiert eigentlich in meiner eigenen Stadt? – diese Frage stellen sich bisher die wenigsten Bürger in deutschen Städten.

Seit der letzten Kommunalwahl 2004 sind Schweizerhof und sein Kollege Habig als kleine Gruppe WIR im Mülheimer Stadtrat. Neben CDU, SPD, FDP und Grünen. Und neben einer anderen kleineren Fraktion, der Mülheimer Bürgerinitiativen, kurz MBI, die schon bei der vorherigen Kommunalwahl in den Rat gewählt wurde und ihre Stimmenzahl danach verdoppeln konnte auf 10,3%. Von ihr werden wir auch noch hören.

Von diesen beiden kleinen Ratsgruppen und ihrer Tätigkeit im Stadtrat war in den großen Medien kaum die Rede. Eigentlich waren sie im sogenannten öffentlichen Leben gar nicht vorhanden. Aber dann wurde es plötzlich anders. Die beiden kleinen Ratsgruppen unterstützten eine Initiative, die auch von der Gewerkschaft verdi und von attac unterstützt wurde. Es gab doch eine ganze Menge Leute, die in den letzten beiden Jahren ebenfalls irgendwie gemerkt hatten, dass ihre Stadt verkauft worden war.

Plötzlich war etwas aufgetaucht aus dem großen ruhigen Fluß der geschäftigen, erfolgreichen, scheinbar problemlosen Gewohnheit in der Stadt. Ein bisher ungehörter Teil der Stadt meldete sich zu Wort.

Einen erfolglosen Bürgerentscheid gegen die Schließung der Statteilbüchereien hatte es in Mülheim vorher bereits gegeben. Ein weiterer gegen die Schließung des Freibad musste nach dem sensationellen Erfolg der Unterschriftensammlung des Bürgerbegehrens nicht durchgeführt werden, weil das Bad wieder geöffnet wurde. Man wusste also in Mülheim bereits, dass mit Bürgerentscheiden Ratsbeschlüsse gekippt werden können. Aber dieses Mal waren die etablierten Parteien sich ihrer Sache recht sicher gewesen. Das gipfelte darin, dass der Bürgerentscheid ein Ziel hatte, das man bisher überhaupt noch nie gehört hatte. Dieser Bürgerentscheid richtete sich nämlich nicht gegen eine einzelne geplante Privatisierung, etwa gegen den Verkauf der Stadtwerke oder eines Schwimmbades. Solche Bürgerentscheide hatte es auch im fernen Düsseldorf gegeben, oder im fernen Münster, jedenfalls weit außerhalb des Ruhrgebiets. Nein, der Bürgerentscheid in Mülheim an der Ruhr richtete sich gegen jede weitere Privatisierung, die in der Zukunft überhaupt nur denkbar war.

Sprecherin:

Es war also ein sogenannter präventiver Bürgerentscheid. Der erste in Deutschland und in Europa überhaupt. Er fand statt am 27. Februar 2005. Und das ausgerechnet in Mülheim an der Ruhr, der ruhigen Stadt am Fluss.

Der Bürgerentscheid hat das politische Leben der Stadt durcheinandergewirbelt, dabei lautete die Frage, die den Bürgern zur Abstimmung vorgelegt wurde, ziemlich trocken und kompliziert.

Zitat:

„Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft unterlassen, bei der Gründung beziehungsweise Änderung bestehender Gesellschaften im Bereich der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen?“

Sprecherin:

Wer gegen jede weitere Privatisierung war, musste also mit JA abstimmen. Ein bisschen kompliziert. 27.400 Mülheimer Bürger stimmten mit JA gegen jede weitere Privatisierung. Damit kamen mehr als die erforderlichen 20 Prozent der Wählerstimmen zusammen. Das klingt vielleicht wenig, sind aber mehr Stimmen als Oberbürgermeisterin in der Stichwahl erhielt!

Sprecher:

Aber damit hatte die große, die ganz große Koalition der Privatisierungsfreunde aus CDU, SPD, und FDP nicht gerechnet. Sie hatten sich sicher gewöhnt, dass nur wenige Bürger zu dieser uninteressanten und komplizierten Abstimmung gehen würden. Auch deshalb versäumten die Privatisierungsfreunde es, ihre eigenen Wähler zu mobilisieren und brachten lediglich 5.000 Gegenstimmen in die Urnen. Wobei zu diesen 5.000 Gegenstimmen vermutlich auch solche zählten, die gegen Privatisierung waren und deshalb irrtümlich mit „Nein“ statt mit „Ja“ gestimmt haben.

Sprecherin:

Hauptantreiber der bisherigen Privatisierungen war die Christlich Demokratische Union gewesen. Ihr Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Paul Heidrich zeigt auch Monate später noch seine tiefe Enttäuschung über den Erfolg des Bürgerentscheids.

O-Ton Heidrich

„Wir waren sehr enttäuscht über das Ergebnis. Im Nachhinein müssen wir sagen, dass möglicherweise es auch mit unser Verschulden war, dass wir die Bürger nicht offensiv über unsere Auffassung vertreten haben, um möglicherweise auch einen Teil derer, die mit für das Bürgerbegehren stimmen wollten, dem nicht zuzustimmen.“

Sprecherin:

Paul Heidrich gesteht durchaus ein, dass er und seine Partei durch eigene Versäumnisse zu dem Ergebnis des Bürgerentscheids beigetragen haben. Sie hatten die Privatisierungen einfach durchgezogen, ohne öffentliche Diskussion.

O-Ton Heidrich

„Wir hatten das auf der einen Seite möglicherweise unterschätzt, dass sich doch so viele daran beteiligen und durch eine Einschläferungstaktik versucht haben, die 20 Prozent nicht zu erreichen. Weil wir offiziell unsere Stellungnahme sowohl von den beiden großen Fraktionen als auch von der Verwaltung insgesamt deutlich gemacht hatten, und davon ausgegangen waren, dass das ausreichend war.“

Sprecherin:

Hört, hört! Die CDU hat also versucht, die Bürger einzuschläfern, damit sie nicht beim Bürgerentscheid abstimmen und damit die vorgeschriebenen 20 Prozent der Stimmen nicht erreicht werden - sagt der Fraktionsvorsitzende der Mülheimer CDU. Das ist doch ein sehr weitgehendes Eingeständnis. Vielleicht sogar eine Selbstkritik, wie man sie sonst nicht zu hören bekommt?

Sprecher:

So ist es ja in den meisten deutschen Städten: Die beiden großen Parteien sind sich bei allen tatsächlichen oder angeblichen Unterschieden einig, dass privatisiert werden muss. Zusammen mit der Verwaltung, in deren Spitzen ihre Parteifreunde sitzen, geben sie, wenn es denn einmal nötig sein sollte, dazu eine offizielle Stellungnahme ab und denken: So, jetzt ist alles klar und die Bürger wissen, was sie zu denken und zu tun und wie sie abzustimmen haben.

O-Ton Heidrich

„Wir hatten nicht mit der Aktivität der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder aus der Verwaltung selbst gerechnet.“

Sprecher:

Das kam also zu allem Übel noch hinzu. Da hatten sich also die Gewerkschaften in etwas eingemischt, das bisher nicht ihr Arbeitsgebiet ist, die kommunale Politik, die Interessenvertretung der Bürger. Das hat Schwung in den Bürgerentscheid gebracht. Und viele Angestellte in der Stadtverwaltung, die gewerkschaftlich organisiert sind, entdeckten, dass sie eigentlich auch Bürger sind. Damit rechnete im Ruhrgebiet oder in Deutschland kein ordentlicher Kommunalpolitiker, bisher.

Sprecherin:

Auch die andere große sogenannte Volkspartei hatte mit dem Erfolg des Bürgerentscheids überhaupt nicht gerechnet. Dagmar Mühlenfeld gehört der Sozialdemokratischen Partei an. Sie ist die Mülheimer Oberbürgermeisterin. Zum Interview hat sie auch ihre engste Mannschaft um den gläsernen Konferenztisch versammelt. Ihre Pressesprecherin ist da und schreibt eifrig die Fragen mit, die an die Oberbürgermeisterin gestellt werden. Der Leiter ihrer Stadtkanzlei sitzt zu ihrer Linken und assistiert unauffällig bei der Beantwortung. Dann sitzt da noch ein älterer Herr, der Bedeutung ausstrahlt, aber der seinen Namen nicht nennen will, weil er sowieso nichts sagen werde, wie er sagt. Tatsächlich wird er während des ganzen Interviews freundlich und bedeutungsvoll zuhören und schweigen.

O-Ton Mühlenfeld

„Ich mache kein Hehl daraus, dass die sozusagen verantwortungstragenden alten Parteien im Rat der Stadt überrascht gewesen sind.“

Sprecherin:

Sie wurde ebenso überrascht wie Paul Heidrich von der CDU. Sie spricht nicht nur für ihre eigene Partei, die SPD, sondern für alle „alten Parteien“, die sie als die „sozusagen verantwortungstragenden alten Parteien“ bezeichnet.

Sprecher:

Sozusagen die Verantwortung tragen – wie macht man das? Am Ende werden wir es wissen.

Sprecherin:

Die Oberbürgermeisterin, die durch ihr Amt besonders viel Verantwortung trägt, sozusagen, ist über den Bürgerentscheid tief unglücklich. Jetzt sind ihr die Hände gebunden.

O-Ton Mühlenfeld

„Heißt das jetzt Stillstand für zwei Jahre in Mülheim? Ich will auch gerne bekennen, dass unmittelbar nach diesem 27.2. diese Frage auch außerhalb der Stadt Mülheim häufig an mich gerichtet worden ist. Sind jetzt gar keine privaten Partner mehr willkommen? Passiert jetzt gar nichts mehr in Mülheim?“

Sprecherin:

Für die Oberbürgermeisterin, die sich fundamental der Privatisierung verschrieben hat, bedeutet der Bürgerentscheid Stillstand. Er verbietet jegliche Privatisierung, jedenfalls während der nächsten zwei Jahre. So lange bindet der Bürgerentscheid den Stadtrat laut der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen. Auch diese eingeschränkte Bindung gefällt der Oberbürgermeisterin gar nicht. Aber sie beschwört das demokratische Grundverständnis der *sozusagen* verantwortungstragenden alten Parteien.

O-Ton Mühlenfeld

„Selbstverständlich wird dieser Bürgerentscheid umgesetzt, er wird akzeptiert, er ist zu respektieren. Das ist auch die Meinung der politischen Parteien, die diesen Bürgerentscheid nicht befürwortet haben. Dass die Bürgerinnen und Bürger sich so ausgesprochen haben, ist Bestandteil eines demokratischen Meinungsäußerungsprozesses und wird von uns infolgedessen auch in jeder Form voll und ganz umfassend beachtet.“

Sprecher:

Die Oberbürgermeisterin blickt in ihre Beraterrunde am großen Tisch. Alle nicken heftig. Das Bekenntnis zu dieser Selbstverständlichkeit scheint ihnen wichtig zu sein. Der Herr mit den graumelierten Schläfen, der gar nichts sagt, nickt besonders intensiv. Bei diesem demokratischen Pflichtbekenntnis knirschen allerdings die Zähne, sozusagen, unsichtbar. Aber draußen auf den Straßen der ruhigen Stadt am Fluss kann niemand das Knirschen hören.

Sprecherin:

Die Oberbürgermeisterin hält das Abstimmungsergebnis sowieso für falsch. Die Bürger seien irreführt worden.

O-Ton Mühlenfeld

„Weil wir nachhaltig feststellen mussten, dass hier auch vor allen Dingen auf die Befindlichkeiten, auf Ängste gesetzt worden ist, dass von den Initiatoren Themenbereiche miteinander verknüpft worden sind, um diese emotionale Lage der Bürgerinnen und Bürger zu bedienen, die nichts miteinander zu tun haben, definitiv nicht. Das war auch vorher schon klar.“

Sprecher:

Die Oberbürgermeisterin meint damit, dass durch den Bürgerentscheid ja nur zukünftige Privatisierungen verhindert werden sollten. Sie streitet ab, dass die Bürger damit auch über die bisherigen Privatisierungen abgestimmt haben. An ihnen hat sich jedoch das „Problembewusstsein“ herausgebildet.

Sprecherin:

Deswegen wollen wir diese verleugnete Vergangenheit hier noch einmal aufrollen. Sie hat nicht nur das Problembewusstsein eines Teils der Bürger geschärft und tut dies weiter. Sie ist bei allen Akteuren noch lebendig. Gerade weil sie öffentlich nicht darüber sprechen, und weil sie die Verhältnisse in der Stadt prägt und auf Jahrzehnte hinaus prägen wird. Wie in vielen anderen Städten in Deutschland auch.

Sprecher:

Diese Vergangenheit liegt nur wenige Jahre zurück. Sie begann im Jahre 1999. Es war die große Zeit der Privatisierung. Die Städte verkauften Anteile ihrer Stadtwerke, ihrer Müllabfuhr und anderer kommunaler Unternehmen.

Sprecherin:

Mit den Verkaufserlösen sollten die überschuldeten Städte ihre Finanzen sanieren. Und die privaten Unternehmen sollten für Wettbewerb sorgen. Die Dienstleistungen sollten deshalb besser, billiger und bürgernäher werden.

Sprecher:

So ging es auch in Mülheim. Die ganz große Koalition der „sozusagen Verantwortung tragenden Parteien verkaufte städtisches Eigentum. Energieversorgung, Abwasserentsorgung, städtischer Nahverkehr – überall wurde privatisiert. Der rheinische Müllbaron Helmuth Trienekens kaufte sich als Mitgesellschafter in die für Müllbeseitigung zuständige Mülheimer Entsorgungsgesellschaft ein, abgekürzt MEG.

Die bei weitem größte Aktion war jedoch der Verkauf der Wasserwerke und Trinkwasserleitungen.

Sprecherin:

Lothar Reinhard ist seit 1999 Mitglied des Mülheimer Stadtrates – ein untypisches Mitglied. Er vertritt keine Partei, sondern die MBI. MBI heißt Mülheimer Bürger – Initiativen. Reinhard schien es damals, dass es bei den Privatisierungen, insbesondere beim Verkauf der Wasserwerke, nicht mit rechten Dingen zugeht und

O-Ton Reinhard:

„dass wir als Bürger hier verraten und verkauft wurden, an in dem Fall den RWE-Konzern, der ganz groß in das Wassergeschäft einsteigen wollte, kostete es was es wolle, unabhängig davon, wie die Gesetze sind und zu möglichst niedrigstem Preis.“

Sprecherin:

Reinhard und andere Mitglieder verschiedener Bürgerinitiativen hatten Unterlagen gesammelt. Reinhardt musste sich durch mühsame Anträge durchsetzen, was ihm als Ratsmitglied eigentlich sowieso zustand: Akteneinsicht. So stellte er fest, dass der Mülheimer Oberbürgermeister, der damals der CDU angehörte, mehr Anteile der Wasserwerke an RWE verkauft als der Stadtrat beschlossen hatte. Reinhardt stellte fest, dass das günstigere Angebot des Konkurrenten Gelsenwasser AG nicht berücksichtigt worden war. Und er stellte fest, dass die eigens beauftragte Privatisierungsberaterin der Stadt ungewöhnlich viele Stunden abgerechnet hatte. Beim Verkauf der Mülheimer Entsorgungsgesellschaft war sie vom Käufer Trienekens bezahlt worden.

Sprecher:

Die Unterlagen dazu schickten Reinhard und seine Mitstreiter an alle Aufsichts- und Kontrollgremien, über die unser Rechtsstaat verfügt.

O-Ton Reinhard

„Wir haben alle Stellen eingeschaltet, die als Kontrollen vorgegeben sind, ob der Regierungspräsident in Düsseldorf, ob der Innenminister, oder auch die EU-Kommission. Es waren andere Privatleute, die haben die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Es ist aber von allen Ebenen nur Blockade zurückgekommen.“

Sprecherin:

Die Fakten wurden von niemandem bestritten. Aber der Rechtsstaat blieb inhaltlich untätig. Die Fakten wären wahrscheinlich ruhig und routiniert unter den demokratischen Teppich der sozusagen verantwortungstragenden alten Parteien gekehrt worden. Wie es in vielen Städten geschieht, im Ruhrgebiet und anderswo.

Aber dann geschah etwas Unerwartetes.

Sprecher:

Am 21. November 2002 erklärte Dr. Jens Baganz seinen Rücktritt. Er war der damalige CDU-Oberbürgermeister von Mülheim, der schon fast die ganze Stadt verkauft hatte. Einige Tage vor seinem Rücktritt hatte der junge Strahleemann noch siegessicher erklärt, er wolle das ganze Ruhrgebiet zur „Ruhrstadt“ machen und nach dem Modell Mülheim umkrepeln. Vom RWE-Konzern und der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, WAZ, werde er unterstützt.

Sprecherin:

Doch plötzlich war alles ganz anders. Der Heilsbringer trat zurück. Zu seinem Rücktritt ließ Baganz eine Erklärung verbreiten, die die Bürger am nächsten Tag in den Zeitungen lesen konnten:

Zitat:

„Im Laufe meiner Zusammenarbeit mit einer für die Stadt tätigen Rechtsanwältin war eine persönliche Beziehung entstanden. Diese Beziehung konnte den Anschein erwecken, als wenn sie die Ursache für die Beauftragung der Rechtsanwältin gewesen wäre. Da allein dieser Anschein für eine Diskussion in Politik und Öffentlichkeit führen konnte, war mir ein weiterer Verbleib im Amt nicht mehr möglich.“

Der letzte Satz war dem promovierten Juristen grammatikalisch nicht so gut gelungen. Aber in Mülheim verstand man trotzdem. Bei der Rechtsanwältin handelte es sich um die schon erwähnte Privatisierungsberaterin der Stadt. Sie ist Partnerin, also Mitinhaberin der größten Anwaltskanzlei von Nordrhein-Westfalen. Ihre durch den Oberbürgermeister mitverursachte Schwangerschaft war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu verheimlichen. Das beruflich zusammengeführte Paar, das bis dahin als Privatisierungs – dreamteam des Ruhrgebiets galt, wollte zusammenbleiben. Der Oberbürgermeister, der verheiratet war und Kinder hatte, war als guter Christdemokrat auch Presbyter in seiner Kirchengemeinde Mülheim-Holthausen. Um den Skandal kleinzuhalten, schien der Rücktritt die beste Lösung.

Sprecher:

Der Rücktritt verursachte die bis dahin größte politische Erschütterung in der grünen und ruhigen Stadt am Fluss. Was dem Einzelkämpfer Lothar Reinhard und den Mülheimer Bürgerinitiativen nicht gelungen war, jetzt wurde es plötzlich möglich. Alle sozusagen verantwortungstragenden alten Parteien traten scheinbar für konsequente Aufklärung ein.

Sprecherin:

Der Stadtrat beauftragte einstimmig das städtische Rechnungsprüfungsamt, die Privatisierungen in der Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Jens Baganz und die Tätigkeit der Rechtsanwältin Dr. Ute Jasper zu überprüfen.

Sprecher:

Zwei Monate später legte das Rechnungsprüfungsamt den Bericht vor. Die Erkenntnisse deckten sich mit dem, was Lothar Reinhard und seine Mitstreiter herausgefunden hatten. Das Prüfungsamt konnte aber aufgrund seines besseren Aktenzugangs noch einiges hinzufügen.

Zitat:

„Die Tatsache, dass die Beauftragung der Kanzlei Heuking, Kühn, Lüer & Wojtek und Partner und Frau Dr. Jasper nach Beginn der engen persönlichen Beziehung nicht beendet, sondern fortgesetzt wurde, ist als ein korruptionsspezifischer Indikator zu werten, der es als möglich erscheinen lässt, dass eine verfolgbare Straftat vorliegt. Zu berücksichtigen ist ferner, dass auf Wunsch der Verwaltungsleitung nahezu ausnahmslos das Anwaltsbüro Heuking Kühn Lüer Wojtek und Partner beauftragt wurde, diese Kanzlei damit quasi in die Rolle eines ‚Hoflieferanten‘ kam.“

Sprecherin:

„Auf Wunsch der Verwaltungsleitung“ heißt hier: Auf Wunsch des Oberbürgermeisters. Die Prüfer empfahlen die Einschaltung der Staatsanwaltschaft.

Sprecher:

In den zweieinhalb Jahren zwischen Mai 2000 und November 2002, so die Rechnungsprüfer, berechnete die juristische Hoflieferantin der ruhigen Stadt am Fluss insgesamt die stolze Summe von 1,4 Millionen Euro an Honoraren.

Sprecherin:

1,4 Millionen Euro. Aber die Prüfer fanden keine Einzelnachweise, auf denen die Anwältin ihre Tätigkeit mit Datum, Inhalt und jeweiliger Stundenzahl aufgelistet hätte. So hieß es beispielsweise zur Privatisierung der Stadtentwässerung nur summarisch:

Zitat:

„Stadtentwässerung: Geleistete Arbeitsstunden Dr. Jasper: 706.“

Sprecher:

Bei 230 Euro pro Stunde waren das 162.380 Euro, die von der Stadt kommentarlos überwiesen wurden. Die insgesamt 12 Beratungsaufträge ergaben sich sozusagen von selbst.

Zitat:

„Auf diese Weise war es dem Auftragnehmer möglich, immer wieder Folgeaufträge aus der Abwicklung jeweils laufender Beratung zu begründen. Das Gebot der Beschreibung der zu erbringenden Leistung wurde nicht beachtet. Eine öffentliche Ausschreibung der nachgefragten Dienstleistung in allen bekannten Fällen unterblieb.“

Sprecher:

Die städtischen Prüfer wunderten sich auch über die Gesamtzahl der Stunden, die die Beraterin geleistet haben will. Für das Jahr 2001 waren das 1.175 Stunden.

Sprecherin:

1.175 Stunden in einem Jahr. Das ist ziemlich viel. Der Spitzenwert bei Anwälten beträgt 2.400 Stunden pro Jahr. Die Anwältin beriet gleichzeitig andere Städte und die Landesregierung ebenfalls bei Großprojekten.

Zitat:

„Unter Berücksichtigung weiterer Tätigkeiten für die Städte Oberhausen, Essen, Krefeld, das Land Nordrhein-Westfalen mit dem Projekt Metrorapid sowie der Erarbeitung von Veröffentlichungen und Vorträgen ist das Arbeitspensum auffällig.“

Sprecherin:

„Auffällig“, so die höfliche Formulierung der Prüfer. Die Beraterin verstieß damit gegen Vergabevorschriften und gegen das Berufsethos, über die sie selbst damals in Fachzeitschriften hochgelobte Artikel veröffentlichte. Sie wusste, wogegen sie verstieß. Aber die Mehrheitsparteien fanden nichts zu beanstanden. Vielmehr unterstützten sie eine Erklärung der Verwaltung und kanzelten das eigene Prüfungsamt ab:

Zitat:

„Es ist nicht Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes, in komplexen juristischen Fragestellungen rechtliche Bewertungen vorzunehmen, da dort die entsprechende juristische Kompetenz nicht vorhanden ist.“

Sprecherin:

Den Ratsmitgliedern wurde der Bericht der Rechnungsprüfer extra zusammen mit einem Kommentar der Verwaltung vorgelegt. Mit einem hochkompetenten juristischen Purzelbaum erklärte die Verwaltung auch, dass zwischen dem Oberbürgermeister und der Beraterin gar keine enge persönliche Beziehung bestehe. Bei einer solchen Beziehung müsse es sich nämlich:

Zitat:

„um eine auf gewisse Dauer angelegte Beziehung, d.h. eine Partnerschaft für das Leben oder zumindest für einen Teil davon handeln. Anknüpfungspunkte sind klassischerweise das längere Bestehen einer Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft, die Versorgung von gemeinsamen Kindern und/oder Angehörigen und das Nichtbestehen einer weiteren Lebensgemeinschaft/Ehe. Diese Voraussetzungen liegen hier nicht vor.“

Sprecherin:

Das sollte heißen: Weil der Oberbürgermeister verheiratet ist, kann die außereheliche Beziehung keine enge Beziehung sein. Dabei hatte der Oberbürgermeister ausdrücklich die enge Beziehung mit der Beraterin als Grund für seinen Rücktritt angegeben. Inzwischen führen der ehemalige Oberbürgermeister und die Beraterin stadtbekannterweise einen gemeinsamen Haushalt und haben die beiden Kinder aus der Ehe des Oberbürgermeisters übernommen.

Sprecher:

Der Bericht der Rechnungsprüfer hatte keinerlei Folgen. Staatsanwaltschaft, Regierungspräsident, Innenminister, Europäische Kommission sagten Prüfungen zu, dann hüllten sie sich in Schweigen. Es gab Neuwahlen. Die andere Volkspartei stellt seit 2003 die neue Oberbürgermeisterin. Nun könnte man sagen: Gut, das mag ja alles nicht so sauber gewesen sein. Aber wenn das Privatisierungs-dreamteam mit unkonventionellen Mitteln der Stadt großen Nutzen gebracht hat?

Sprecherin:

Wenn also die Ziele der Privatisierung verwirklicht wurden, nämlich

Sprecher:

den städtischen Haushalt zu sanieren,

Sprecherin:

Und die Preise und Gebühren für Trinkwasser, Gas, Abwasser und Abfall und so weiter zu senken?

Sprecher:

Zur Beantwortung dieser Fragen kommen wir noch. Denn darum geht es ja schließlich. Dazu müssen wir aber erst klären, wie die Privatisierungen abgelaufen sind und welche Erfahrungen die Bürger dabei gemacht haben.

Sprecherin:

Die Stadt Mülheim war zusammen mit den Nachbarstädten Bottrop und Gladbeck Haupt Eigentümer der Rheinischen Wasserwerke RWW. Die RWW sind mit einer Million Kunden das größte kommunale Wasserunternehmen des Ruhrgebiets.

Sprecher:

Unter Führung des Mülheimer Oberbürgermeisters wollten die drei Städte ihre Anteile verkaufen. Die Star-Beraterin beriet die Stadt Mülheim. RWE bekam den Zuschlag. Der Käufer, der schon vorher feststand übernahm die Kosten der Beratung, hatten die Rechnungsprüfer herausgefunden.

Zitat:

„Dabei sind Kosten von insgesamt cirka 360.000 Euro entstanden, die im Zuge des Verkaufs der Wasserwerks-Anteile vollständig von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken RWE erstattet wurden.“

Sprecher:

Gut, das war vielleicht gemauschelt. Aber haben Mülheim und die anderen Städte damit nicht einige hunderttausend Euro gespart?

Sprecherin:

Die Rechnungsprüfer wiesen darauf hin, dass dies eine Milchmädchenrechnung sei. Diese Beratungskosten sind für RWE sogenannte „Anschaffungsnebenkosten“. Sie mindern den Kaufpreis.

Sprecher:

Das ist aber noch nicht alles. Der RWE-Konkurrent Gelsenwasser AG hatte zwischenzeitlich ein viel günstigeres Angebot gemacht. Gelsenwasser bot 80 Millionen Euro mehr, wurde aber nicht berücksichtigt. Da verschenkten Baganz und seine Beraterin viel Geld. Das bedeutete 80 Millionen weniger Schuldentilgung für die Städte.

Sprecherin:

Beim Verkauf der Anteile an den Mülheimer Entsorgungsbetrieben war es ähnlich. Trienekens bekam den Zuschlag ohne Ausschreibung. Konkurrent Rethmann hatte gar keine Möglichkeit, ein Angebot abzugeben.

Sprecher:

Da wollten wir doch einmal nachfragen. Wenn schon die sozusagen Verantwortung tragenden alten Parteien dazu nichts sagen wollen – vielleicht dann diejenigen, die so sehr auf den freien Wettbewerb pochen?

Sprecherin:

Wir fragten RWE.

Sprecher:

RWE verwies auf die für Wasser zuständige Tochterfirma, RWE Aqua. RWE Aqua verwies uns auf die Rheinischen Wasserwerke. Der Pressesprecher der Rheinischen Wasserwerke war sehr freundlich. Nach einiger Zeit teilte er mit, er könne keinen Interviewpartner vermitteln. Auf Nachfrage sagte er, er könne dafür keine Begründung geben.

Sprecherin:

Wir fragten die Gelsenwasser AG.

Sprecher:

Der Pressesprecher bestätigte, dass Gelsenwasser mehr geboten habe. Aber man würde sich nachträglich nie äußern. Es würde die Position von Gelsenwasser auf dem hart umkämpften Wassermarkt verschlechtern, wenn man an die Öffentlichkeit ginge. Man bitte um Verständnis. Wir fragten die Firma Rethmann. Sie heißt inzwischen Remondis.

Sprecher:

Die Pressesprecherin von Remondis erinnerte sich erst auf Nachfrage, dass ihr Unternehmen damals gegen die Bevorzugung von Trienekens vor Gericht gegangen war. Das sei aber „kalter Kaffee“. Man wolle die Vergangenheit nicht aufwärmen. Außerdem sei Remondis nach der Korruptionsaffäre von Trienekens sowieso jetzt der Nachfolger und Geschäftspartner der Stadt Mülheim. Man bitte um Verständnis.

Sprecherin:

So erweisen sich die privaten Unternehmen ebenfalls nicht als Korrektiv bei fragwürdigen Privatisierungen.

Sprecher:

Wir fragten den Fraktionsvorsitzenden der SPD. Dieter Wiechering und seine Fraktion haben alle bisherigen Privatisierungen mitgetragen. Wir wollten wissen, wie er sie beurteilt. Auch, ob er eine Verbindung zwischen den zwei Spenden von Trienekens an die Mülheimer SPD und der Bevorzugung von Trienekens bei der Müllprivatisierung sieht. Wiechering gab uns einen Termin. Er wollte Unterlagen mitbringen. Doch der Geschäftsführer der Fraktion sagte den Termin ab, der Vorsitzende sei krank. Dann hörten wir nichts mehr.

Sprecherin:

Wir fragten natürlich auch die Beraterin aus der renommierten Düsseldorfer Kanzlei.

Sprecher:

Sie war sehr freundlich. Sie bat um einige Tage Bedenkzeit. Dann bat sie freundlich um Verständnis, dass sie nichts sagen wolle. Sie wolle mit Leuten wie dem Ratsmitglied der Mülheimer Bürgerinitiativen, Lothar Reinhard, nicht in derselben Sendung auftreten.

Sprecherin:

Wir fragten natürlich auch beim damaligen Oberbürgermeister nach.

Sprecherin:

Nach seinem Rücktritt hatte sich Dr. Baganz aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Er arbeitete als Berater für Kommunen. Nach dem Wahlsieg seiner Partei bei den Landtagswahlen im Mai 2005 wurde er zum Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium berufen. Sein Pressesprecher freute sich zunächst, dass der Staatssekretär um ein Interview gebeten wurde. Aber dann war er nicht mehr zu erreichen.

Sprecher:

Bevor wir das Ergebnis der verschiedenen Privatisierungen bilanzieren, müssen wir noch über die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, RWE sprechen.

Sprecherin:

Der global player mit Sitz in Essen ist neben dem Strom- und Gasgeschäft weltweit an der Privatisierung der kommunalen Trinkwasserbelieferung beteiligt, in Berlin ebenso wie in London, in Ungarn und Spanien, in den USA und Kanada. Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts übernahm RWE das Müllunternehmen Trienekens aus dem rheinischen Viersen. Über Trienekens beteiligte sich RWE an Müllverbrennungsanlagen und an der Müllabfuhr vieler Städte.

RWE liefert den Stadtwerken vieler Städte nicht nur Strom und Gas, sondern liefert wie in Mülheim auch das Trinkwasser. Für manche ist das wie eine große Familie.

Sprecherin:

Seit Hugo Stinnes vor einem Jahrhundert in Mülheim RWE gründete, bestehen besondere Beziehungen. Das drückt sich unter anderem darin aus, dass die Mülheimer Oberbürgermeister Aufsichtsratsposten bei RWE oder einem der zahlreichen Tochterunternehmen bekommen. Und dafür auch ordentliche Tantiemen beziehen. Bis vor kurzem ging das sehr diskret vor sich.

Sprecher:

Die Tantiemen im RWE-Aufsichtsrat betragen für den Vorgänger, den ehemaligen Oberhausener OB Drescher, 99.000 Euro für das Jahr 2004. Seit Dagmar Mühlenfeld in den Aufsichtsrat aufrückte, wird ihr eine ähnliche Gabe auch zuteil. Sie sprach aber nicht davon. Erst Lothar Reinhard und die ungeliebte Ratsfraktion MBI brachten es an die Öffentlichkeit.

Sprecherin:

Weil damals viele Zahlungen von RWE an Politiker bekannt wurden, gab die Landesregierung einen Nebentätigkeitserlass heraus. Darin werden Politiker verpflichtet, Tantiemen an die öffentlichen Haushalte abzuführen. Dagmar Mühlenfeld findet aber, dass der Erlass unklar ist. Deshalb setzt sie sich auch dafür ein, dass nicht nur sie selbst, sondern auch ihr Vorgänger seine Tantiemen behalten darf.

O-Ton Mühlenfeld

„Sie wissen doch ganz genau, dass es eine gesetzliche Grundlage gibt, die als nicht hinreichend betrachtet wird. Und diese gesetzliche Grundlage hat zum damaligen Zeitpunkt für Herrn Dr. Baganz eine eindeutige Rechtsposition zur Grundlage gehabt, aufgrund derer er diese Tantiemen nicht abführen musste, und diese Rechtsgrundlage, oder unklare Rechtsgrundlage, sonst gäbe es nicht diese große Anzahl von Gutachten, die muss einer eindeutigen Klärung zugeführt werden.“

Sprecher:

Da werden also teure Gutachterkriege gegen den Nebentätigkeitserlass der Landesregierung geführt, damit Politiker ihre RWE-Tantiemen nicht zurückzahlen müssen. Als Dagmar Mühlenfeld ihre Tantiemen nicht zurückzahlen wollte, erhielt sie Unterstützung von ihrem CDU-Vorgänger. Baganz schrieb einen Leserbrief an die Westdeutsche Allgemeine Zeitung. Darin empfahl er seiner Nachfolgerin:

Zitat:

„Oberbürgermeisterin Mühlenfeld sollte die Tantiemen behalten, ich habe sie auch behalten.“

Sprecherin:

Der Mülheimer CDU-Fraktionsvorsitzende Paul Heidrich hält die rechtliche Lage für eindeutig. Er tritt dafür ein, dass sowohl die SPD-Oberbürgermeisterin wie auch sein Parteifreund Baganz ihre Tantiemen bis auf die zulässigen 6.000 Euro an die Stadtkasse abführen.

O-Ton Heidrich

„Sind wir auch der Auffassung, dass Herr Dr. Baganz, der sich ja im Laufe der Diskussion um die Rückzahlung oder die Forderung, dass seine Nachfolgerin die Beträge zurückzahlen soll, in einem Pressebericht dazu geäußert hat und seine Nachfolgerin aufgefordert hat, das Geld zu behalten – hier hätten wir es für sinnvoller erachtet, wenn er sich dort nicht zu Wort gemeldet hätte, und würden es auch begrüßen, wenn er seiner moralischen Verpflichtung nachkäme, die über 6.000 Euro zurückzuzahlen.“

Sprecherin:

Die Oberbürgermeisterin will abwarten, bis der Gutachterkrieg vielleicht mal entschieden wird. Ob die neue, von der CDU geführte Landesregierung hier eine klare Entscheidung durchsetzen wird, ist offen. Aber irgendwann sieht die genervte Oberbürgermeisterin die Situation auf sich zukommen,

O-Ton Mühlenfeld

„ja, dass ich das abführen muss, ja.“

Sprecher:

Kommen wir nun also zur Beantwortung der Kernfrage:

Sprecherin:

Hat die Privatisierung etwas genützt?

Sprecher:

Oder anders gefragt:

Sprecherin:

Wem hat sie genützt?

Sprecher:

Als wichtigstes Ziel der Privatisierungen war vom Mülheimer dreamteam verkündet worden: Der hochverschuldete Haushalt der Stadt Mülheim soll saniert werden.

Sprecherin:

Das war das wichtigste Ziel. Es wurde nicht erreicht. Darüber sprechen die Akteure und Unterstützer aus den sozusagen verantwortungstragenden alten Parteien nur ungern. Wenn man sie fragt, wird wie beiläufig angemerkt, dass es ein zeitbedingter Versuch war.

O-Ton Mühlenfeld

„In der damaligen Zeit war das ein nicht nur auf Mülheim beschränkter Versuch, sich aus problematischen Haushaltslagen zu entlasten. Aber inzwischen sind alle Kommunen zu der Einsicht gekommen, dass das ein Einmaleffekt ist.“

Sprecher:

Ach ja, man hat es halt mal versucht. Ist ja auch schon lange her, mindestens drei Jahre. War so eine Zeiterscheinung. Hat leider nichts gebracht.

O-Ton Mühlenfeld

„Also eine Stadt wie Mülheim mit einem nicht genehmigten Haushalt hat davon letztendlich nichts Strategisches. Sondern es ist eine kurzfristige Entschuldung aber keine Behebung des strukturellen Haushaltsdefizits.“

Sprecherin:

Einmaleffekt, nichts Strategisches, nur kurzfristige Entschuldung. Die Schulden der Stadt Mülheim haben sich seit der Privatisierung verdoppelt, von 400 Millionen Euro auf 800 Millionen Euro. Haben wir es also mit einer ernsthaften Selbsterkenntnis zu tun?

O-Ton Mühlenfeld

„Von daher stelle ich fest im Gespräch mit den Kollegen anderer Städte, dass man heute andere Formen sucht. In diesen ganzen Kontext gehören ja auch die Diskussionen um Cross Border Leasing.“

Sprecher:

Cross Border Leasing. Das war auch so eine Idee. Sie stellte sich dann ebenfalls als „zeitbedingt“ heraus. Auch von hochkarätigen Beratern empfohlen, die sich heute in Schweigen hüllen. Auch ein Einmaleffekt, nichts Strategisches, nur kurzfristige Entschuldung. Aber die Abhängigkeit von den US-Investoren bleibt, für 30 Jahre. Und die Risiken sind noch größer geworden, seit der US-amerikanische Gesetzgeber diese Art der Steuerhinterziehung gestoppt hat.

Sprecherin:

Am besten vergessen wir das alles, was unsere damaligen Politstars und Star-Berater und wir selbst vor einigen Jahren als die große Rettung gepriesen haben, sagen die Verantwortlichen.

O-Ton Mühlenfeld

„Die Zeit ist im Prinzip darüber hinweggegangen, bloß Tafelsilber zu verkaufen.“

Sprecher:

Aber die Zeit ist keineswegs einfach darüber hinweggegangen. Denn ein Problem bleibt zurück. Ein großes Problem. Das sogenannte Tafelsilber ist jetzt nämlich weg. Für immer.

Sprecherin:

Tafelsilber – das waren vor allem die wertvollen Rheinischen Wasserwerke. Über Jahrzehnte brachten sie der Stadt Mülheim und den anderen beiden Städten schöne Einnahmen, 13 Millionen Euro im Jahr.

Sprecher:

Die Rheinischen Wasserwerke bringen natürlich immer noch Einnahmen. Aber die fließen nun an den neuen Eigentümer RWE. Deshalb hat er schließlich die Wasserwerke gekauft. Bei den Rheinischen Wasserwerken gibt es seit dem Verkauf zehn Prozent weniger Arbeitsplätze.

Sprecherin:

Das zweite Ziel der Privatisierung war, die Leistungen für die Bürger zu verbessern und die Preise zu senken.

Sprecher:

Auch dieses Ziel wurde nicht erreicht.

O-Ton Heidrich

„Auch, als wir noch 43 Prozent vom RWW hatten, sind Preise erhöht worden, mussten wirtschaftlich sinnvolle Preise für das Unternehmen erhoben werden, und das ändert sich auch nicht durch einen teilweisen Verkauf nicht.“

Sprecher:

Ach so, ob Privatisierung oder nicht, die Preise steigen sowieso, meint jetzt der CDU-Fraktionsvorsitzende Paul Heidrich. Vom schönen Versprechen der Preissenkung haben die sozusagen verantwortungstragenden alten Parteien still und leise Abschied genommen.

O-Ton Reinhard

„Zum Jahresende hat die Gasgesellschaft um etwa 12 Prozent erhöht. Zum Jahresende hat das Wasserwerk um knapp 10 Prozent erhöht. Es war damals schon absehbar, der gerade erst privatisierte Abwasserbetrieb wird auch noch mal erhöhen, das kommt aber erst zum 1. Juli, um 15 Prozent. Strom vom RWE wurde sowieso erhöht um 5 Prozent.“

Sprecher

Auf die von Lothar Reinhard erwähnte Erhöhung der Gaspreise um 12 Prozent Ende 2004 folgte die zweite Erhöhung im Februar 2005. Das waren zusammen schon 18 Prozent. Die dritte, vierte und fünfte Erhöhung folgten im Halbjahresrythmus, womit innerhalb von nur 2 Jahren die Gaspreise in Mülheim um 55% erhöht wurden.

Sprecherin:

Diese Preiserhöhungen mögen ja wegen der marktwidrigen und sachfremden Bindung des Gaspreises an den Ölpreis in Deutschland nicht zu verhindern sein. Traurig genug in einer angeblichen Marktwirtschaft. Aber die Gewinne der für Gas und Strom zuständigen Mülheimer Energie-Dienstleistungs GmbH fließen nach der Privatisierung auch noch zur Hälfte an die Rhenag, ein Tochterunternehmen...

Sprecher:

Ziehen wir die Bilanz der Privatisierung in Mülheim an der Ruhr, der ruhigen Stadt am Fluss.

Sprecherin:

Die angestrebten Ziele wurden nicht erreicht.

Sprecher:

Die Schulden der Stadt und ihrer Betriebe beliefen sich vor der Privatisierung auf etwa vierhundert Millionen Euro, im Jahre 2006 sind die Schulden doppelt so hoch, nämlich 810 Millionen. Die Einmaleffekte sind verpufft.

Sprecherin:

Die Preise für Trinkwasser, Abfall- und Abwasserentsorgung, Strom, Fernwärme und Gas steigen schneller als vor der Privatisierung.

Sprecher:

Dagegen wurde definitiv etwas erreicht, das zu Beginn *nicht* verkündet wurde.

Sprecherin:

Die laufenden Einnahmen aus den ganz oder teilweise verkauften Unternehmen fehlen der Stadt jetzt dauerhaft, sie fließen den beteiligten Konzernen zu.

Sprecher:

Die Zahl der Arbeitslosen stieg.

Sprecher:

Diese Ergebnisse sind allen Beteiligten bekannt, eigentlich. Aber trotzdem

Sprecherin:

oder vielleicht gerade deswegen?

Sprecher:

sprechen die Akteure und Profiteure und die sozusagen verantwortungstragenden alten Parteien nicht darüber.

O-Ton Mühlenfeld

„Die Zeit ist im Prinzip darüber hinweggegangen.“

Sprecherin:

Augen zu und durch. Sie wollen weitermachen, trotz Bürgerentscheid. Denn der Bürgerentscheid war sowieso kein richtiger Bürgerentscheid. Denn erstens haben die Bürger wegen „gefühlsmäßiger Befindlichkeiten“ falsch abgestimmt. Und zweitens, meint die Oberbürgermeisterin, war es gar kein *Mülheimer* Bürgerentscheid. Er war nämlich fremdgesteuert.

O-Ton Mühlenfeld

„Es ist ja im Nachgang zu dem Bürgerentscheid auch hier beispielsweise in den Medien diskutiert worden, dass wir ganz offensichtlich auch Fallstudie für einen, weiß ich nicht, Handlungsreisenden in Sachen Bürgerentscheid gewesen sind. Mülheim so als Feldversuch.“

Sprecher:

Der Handlungsreisende habe sich zudem von einer Rechtsanwaltskanzlei aus einer anderen Stadt beraten lassen, aus Münster, berichtet die Oberbürgermeisterin vorwurfsvoll.

O-Ton Mühlenfeld

„Ich halte das deswegen für wichtig, weil ja vor Ort eigentlich mit der Intention gearbeitet worden ist, es gehe hier um konkrete Mülheimer Belange. ...“

Sprecherin:

Das macht neugierig. Diesen geheimnisvollen Drahtzieher im Hintergrund wollen wir unbedingt kennen lernen. Bei der Gewerkschaft verdi bekommen wir seine Adresse und seine Telefonnummer.

Sprecher:

Er heißt Heinz Weskamm. Wir treffen ihn in Hamm, in Westfalen. Hier wohnt er seit Jahrzehnten. Ein freundlicher Herr im aktiven Unruhestand. Jahrelang war er Mitglied im Stadtrat von Hamm. Wir fragen ihn, ob er ein Handlungsreisender in Sachen Bürgerentscheid ist? Er lacht. Er gebe nur seine Kenntnisse weiter. Die Kommunen und ihre vielen Unternehmen seien ein Rechtsgebiet, sagt er, das kaum ein Bürger noch verstehen kann.

O-Ton Weskamm

„Die Bestimmungen der Gemeindeordnung sind so kompliziert, dass man im Grund eine rechtliche Beratung braucht und diese rechtliche Beratung habe ich vorbereitet und für die erfolgreiche Durchführung beigebracht.“

Sprecherin:

Er kam nach Mülheim, weil der Gesamtpersonalrat der Mülheimer Stadtverwaltung Rat suchte. Weskamm arbeitet seit einigen Jahren mit dem Landesbezirk Nordrhein-Westfalen von verdi zusammen.

Sprecher:

Er beriet die Initiatoren von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in mehreren Städten, zum Beispiel in Münster, Ahlen und Bad Salzufflen. Er hat auch die Entwicklungen in Städten wie Mülheim verfolgt, die auf Privatisierung gesetzt haben.

O-Ton Weskamm

„Die Versprechen, dass ein Privater die Dinge günstiger macht, sind an keiner Stelle aufgegangen. Und können auch nicht aufgehen. Weil ja neben dem Betrag, den man für die Leistungen erzielen muss, auch das eingesetzte Kapital wieder erwirtschaftet werden muss, und das ist in dem Bereich auch eine schwierige Aufgabe.“

Sprecherin:

Weskamm kann auf die zahlreichen Stadtwerke wie in Hamm und Münster verweisen, die erfolgreich arbeiten, auch wenn oder eben weil keine Konzerne beteiligt sind.

O-Ton Weskamm

„Man kann auch in städtischer Regie Betriebe erfolgreich führen. Das zeigen viele Stadtwerke ... und es gibt an vielen Orten Bemühungen, die Städte dazu zu bringen, dass sie sich im Bereich der Daseinsvorsorge sich am Markt behaupten mit Betrieben, die dann den Vorteil haben, dass die Einnahmen nicht irgendwelchen Kapitalgebern zufließen, sondern wieder den Bürgern und der Stadt für andere Aufgaben.“

Sprecher:

Davon wollen aber die Privatisierungs-Fundamentalisten nichts wissen. Im Verborgenen haben sie daran gearbeitet, den Bürgerentscheid zu unterlaufen.

Sprecherin:

Das letzte größere Eigentum, das der Stadt Mülheim verblieben ist, sind vier Altenheime mit großen Grundstücken. Ihr Verkauf sollte durch den Bürgerentscheid verhindert werden. Der Werksausschuss der Altenheime hat nach dem Bürgerentscheid ein Gutachten in Auftrag gegeben. Es trägt den Titel

„Gutachten über die Auswirkungen des Bürgerentscheids vom 27. Februar 2005 auf die Handlungsoptionen zur Optimierung der Alteneinrichtungen der Stadt Mülheim an der Ruhr“

Sprecher:

Verfasst wurde das Gutachten von drei Privatisierungsakteuren: der Privatbank Merck Finck & Co, der auf Sozialimmobilien spezialisierten Terranus-Gruppe und der Anwaltskanzlei Latham and Watkins. Sie werben damit, dass sie die Städte Kiel und Goslar beim Verkauf der Krankenhäuser und Altenheime beraten haben.

Sprecherin:

Gegen dieses Gutachten brachte die Oberbürgermeisterin übrigens keine Vorwürfe der Fern- und Fremdsteuerung vor. Obwohl die Verfasser von sehr viel weiter herkommen als nur aus Münster in Westfalen. Und obwohl sie keineswegs „Mülheimer Belange“ vertreten, sondern ihre eigenen.

Sprecher:

Das Gutachten haben sich die sozusagen verantwortungstragenden Verantwortlichen der Altenheime gut 100.000 Euro kosten lassen. Darin wird betont, dass der Bürgerentscheid laut nordrheinwestfälischer Gemeindeordnung ohnehin nur zwei Jahre lang bindet. Aber auch vorher schon müsse man nicht untätig bleiben.

Zitat:

„Der insofern eindeutige Wortlaut des Bürgerentscheids steht der Veräußerung von Vermögensgegenständen in Form eines Asset-Deal grundsätzlich nicht entgegen.“

Sprecher:

Asset-Deal. Ein Asset-Deal würde so ablaufen: Die Stadt müsste die Altenheime in eine neugegründete private Gesellschaft einbringen, an der sie einen privaten Träger beteiligt. An die könnte die Stadt dann die einzelnen Grundstücke und Altenheime verkaufen.

Zitat:

„Ein Asset Deal ist auf jeden Fall zulässig, wenn – auch sämtliche –Vermögensgegenstände an eine von der öffentlichen Hand beherrschte Gesellschaft veräußert werden, an der auch ein privater Partner beteiligt ist, sogenanntes Public Private Partnership.“

Sprecherin:

So könnte der Bürgerentscheid unter Wahrung einer legalen Fassade unterlaufen werden. Weiter heißt es:

Zitat:

„Die Hereinnahme eines strategischen Partners führt meist zu einer stärkeren Dynamik und Flexibilisierung der Veränderungsbereitschaft bei den Mitarbeitern und kann notwendige Umstrukturierungsprozesse nachhaltig fördern.“

Sprecherin:

Das soll heißen: Ist erst mal ein Privatunternehmen beteiligt, kann zum Beispiel der Abbau von Arbeitsplätzen besser durchgesetzt werden. In Mülheim wurde dann doch nicht so verfahren. Die Altenheime werden nicht verkauft, erstmal.

Sprecher:

Moment. Da ist noch was.

Sprecherin:

Was denn?

Sprecher:

Der global player RWE hat Ende 2005 beschlossen, die Londoner Wasserbetriebe, Thames Water, wieder zu verkaufen und sich ganz aus dem Wassergeschäft zurückzuziehen.

Sprecherin:

Warum denn das?

Sprecher:

Die Londoner Stadtverwaltung hat RWE Auflagen gemacht. RWE muss die maroden Wasserleitungen reparieren. Und darf bis auf weiteres nur sechs Prozent Gewinn pro Jahr machen. Sechs Prozent Gewinn sind für RWE zu wenig.

Sprecherin:

Und wie hoch ist der Gewinn von RWE in Mülheim?

Schweigen, ganz großes Schweigen??!

Sachstand Oktober 2007:

- **RWE hat Thames Water verkauft. Wird RWE im nächsten Jahr weiterverkauft?**
- Zur Sanierung der MEG mussten Stadt Mülheim und RWE-Nachfolger Remondis zusammen 37 Mio. Euro zahlen. Der MEG-Verkauf brachte der Stadt in 2000 2,7 Mio.!
- **Die ungeklärten Steuerschulden der medl für die Überschreitung von 94% des ÖPNV (MVG) liegen bereits bei 16 Mio. Euro!**
- **Baganz ist weiter Staatssekretär und zuständig** für RAG-Aktiengang und Energiepreise.
- **Die Baganz-Spezi-Beraterfirma BPG, bei allen Geschäften zusammen mit der Baganz-Geliebten Dr. Jasper, wurde aus der RAG-Beratung gekippt, doch in Mülheim klagt die Stadt jetzt erst eine der vielen schweren Fehlberatungen aus 2000 bis 2003 ein.**
- Der „alte Fritz“ Pleitgen geht und wechselt zur „Kulturhauptstadt Essen 2010“, Frau Piel kommt, aber ohne Schirm, Charme und Melone.
- **Und Frau Mühlenfeld hat ihre Aufsichtsratsgelder immer noch nicht offen gelegt!**
- Die Gültigkeit des Bürgerentscheids gegen Privatisierung läuft am 27. Feb. 2007 aus!!!!
- **Mitte Feb. 2007: Die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren „Mülheim bleibt unser“ zur Erneuerung des Bürgerentscheids wird gestartet**

- 1.3. 2007: Der Rat der Stadt Mülheim stimmt mehrheitlich (SPD, CDU, FDP, Grüne) dagegen, mit einem Ratsbürgerentscheid die Bevölkerung über die Frage weiterer Privatisierung entscheiden zu lassen.
- **1. Mai 2007: „Mülheim bleibt unser“ hat bereits mehr als die nötigen 6700 Unterschriften**
- 14. Juni 2007: Ratsentscheidung zum neuen Bürgerbegehren gegen weitere Privatisierung. Der Mülheimer Rat stimmt mehrheitlich (SPD, CDU, Grüne, FDP) gegen das Bürgerbegehren, dessen Zulässigkeit akzeptiert werden musste. Nun kommt es zum Bürgerentscheid am 9. September. Der Rat stimmte danach mehrheitlich für einen SPD-Antrag gegen jede weitere Privatisierung der Daseinsvorsorge, aber für PPP-Modelle bei Schulen etc.. Schizophren?
- **Nach einem erneuten Ratsbeschluss am 14.6. zur Akteneinsicht zu abgeführten Nebenverdiensten durch Frau OB Mühlendorf, kann der MBI-Sprecher in der Kämmererei einsehen, wie viel sie für 2005 und für 2006 abgeführt hat. Der MBI-Sprecher stellt große Differenzen fest, die nicht erklärbar sind. Weitere Akteneinsicht dazu, wie die Beträge berechnet wurden, wird verwehrt. Die MBI schalten den Innenminister ein und kündigen an, dass sie auch die Staatsanwaltschaft bemühen werden.**
- Ende Juni 2007: Wird das Wasserwerk RWW von RWE weiter verkauft? Interessenten gibt es mehrere, darunter auch die Stadtwerke Essen+Duisburg und Gelsenwasser. Noch dementiert das RWE. Mülheim ist nur noch Zaungast bei der Frage, ob die RWW-Zentrale in Mülheim bleibt!!



- **September 2007: 33.014 (über 24%) Mülheimer/innen beteiligten sich am 9.9. 2007 am Bürgerentscheid, davon 24.297 mit Ja (73,74%) und 8652 mit Nein (26,26%). 2768 Stimmen fehlten bis zum 20%-Quorum in NRW, denn die 24.297 entsprachen 17,95% aller 135.000 Wahlberechtigten (in Bayern 10%-Quorum, in der Schweiz keins). Obwohl SPD, CDU, FDP, Grüne und der gesamte Verwaltungsvorstand offensiv zum Nein aufgerufen hatten und dafür auch aufwendig „Wahl“kampf betrieben, reichte dies nur für 8652 Stimmen. Eine Blamage für die Privatisierer, aber leider dennoch am undemokratischen NRW-Quorum gescheitert.**
- 20. Sept. 2007: Ratsitzung in Mülheim: Unter Mitteilungen am Ende der Sitzung verkündete Baudezernentin Sander beiläufig, die Ruhrbania-Grundstücke müssten nun doch EU-weit ausgeschrieben werden. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Januar(!) 2007 war die gesamte Vertragskonstruktion, die am 22. März beschlossen wurde, vergaberechtswidrig! Die Stadtspitze hat also die Bevölkerung, die Medien und die Ratsfraktionen darüber im Unwissen gelassen. Seit Monaten wurde der Eindruck erweckt, die Verträge zur Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft (RPG) seien längst unterschrieben. In Wirklichkeit aber ist bis heute nichts geklärt, im Gegenteil! Die Mülheimer hätten zum 9. September aber wissen müssen, dass sie mit einem Ja zum Bürgerentscheid auch über die RPG mitentscheiden hätten können. Dann wären wahrscheinlich noch viele mehr als nur die zum 20%-Quorum fehlenden 2700 zusätzlich zur Wahl gegangen und hätten das undemokratische NRW-Quorum hinweggefegt! So aber glaubten alle, es ginge nur um die für viele undurchschaubaren ÖPP-Modelle zur Sanierung und Betreuung von Schulen!

Mülheim - Tal von Ahnungs- und Rechtlosigkeit?